



**Gedenkstätte für verhungerte Lea-Sophie\***  
Zum Wimmern zu schwach

REINHARD KLAWITTER / DDP

VERBRECHEN

# Vor die Hunde gegangen

**Skrupellose Eltern, überforderte Jugendämter: Der Hungertod der kleinen Lea-Sophie in Schwerin zeigt, dass die Ideen der Politik für einen besseren Kinderschutz noch lange nicht greifen.**

Das Sterben eines Kindes, langsam, qualvoll, unbemerkt, diesmal passiert es also in Schwerin, in einem weißen Plattenbau an der Kieler Straße. Grablichter vor der Eingangstür markieren einen Tatort, in Wahrheit aber markieren sie einen Ort, den es eigentlich gar nicht geben kann: einen Ort, oben im fünften Stock, an dem in den vergangenen Monaten die Naturgesetze außer Kraft waren. Das Gesetz, dass Eltern Kinder ernähren. Das Gesetz, dass die Erhaltung der eigenen Art Vorrang hat.

Seit die fünfjährige Lea-Sophie, nur noch 7,4 Kilogramm schwer, am Dienstag aus dem Haus getragen wurde und kurz danach starb, verhungert und verdurstet, ist all das in Schwerin keine Gewissheit mehr. Ihre Eltern Nicole G., 23, und Stefan T., 26, hatten offenbar aufgehört, dem Kind genug zu essen zu geben, sicher schon vor Wochen, vielleicht sogar vor Monaten. Sie ließen Lea-Sophie leiden, während sich zwei Mischlingshunde in der Wohnung fett fressen konnten – die fütterte das Paar anscheinend besser als ihr eigenes Kind.

Der Name Lea-Sophie reiht sich damit ein in die Kette der Kinderschicksale, die die Republik in regelmäßigen Abständen erschüttern: Jessica in Hamburg, die in

ihrem Zimmer den Teppich annagte, bevor sie verhungerte; Kevin aus Bremen, den die Polizei tot im Kühlschrank seines drogensüchtigen Ziehvaters fand.

Aber auch Lea-Sophie wurde nicht nur das Opfer ihrer Eltern. Sie starb auch an einer städtischen Sozialbürokratie, die in den vergangenen Jahren klein- bis kaputtgespart wurde, so gründlich, dass ihre Mitarbeiter, frustriert und überfordert, im Zweifel die Dinge lieber laufen ließen als energisch nachzuhaken.



FOTOS: CORNELIUS KETTLER

**Vater Stefan T., Mutter Nicole G.:** Allein unter Feinden

\* Vor ihrem Wohnhaus.

Umso mehr fragt sich eine erschrockene Öffentlichkeit nun aber auch, was eigentlich aus dem ganzen Bündel an Maßnahmen geworden ist, das Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) oder ihre Kollegen in den Ländern vor allem nach dem Fall Kevin angekündigt hatten. Verpflichtende Kinder-Vorsorgeuntersuchungen beim Arzt, Familienhebammen, die gefährdete Familien jahrelang begleiten, auch die Idee, bei Hartz-IV-Familien Geldleistungen wieder in Sachleistungen umzuwandeln – damit die Hilfe beim Kind ankommt und nicht im Hundnapf.

Einiges ist noch auf dem Weg, anderes versandet, manches nicht so tauglich wie gehofft, oder es wird gar nicht erst überall eingeführt. Fest steht nur: Die Hoffnung, es werde nach Kevin nie mehr einen Fall wie Kevin geben, ist als Illusion entlarvt.

Der erste Hinweis, mit dem für das Jugendamt Schwerin aus der bis dahin unbekannteren Familie ein Aktvorgang wurde, kam im November 2006 von Norbert G., Lea-Sophies Opa. Der machte sich Sorgen, weil das Kind jetzt schon vier Jahre alt war, aber noch immer nicht in den Kindergarten ging. Ob das Amt da nicht mal nachfragen könne. Außerdem soll er Nicoles Lebensgefährtin als ziemlich rabiatt geschildert haben.

Selbst hatte der Großvater da kaum noch Kontakt zu seiner Tochter Nicole. Dabei war doch die Enkelin die ersten zwei Jahre bei den Großeltern aufgewachsen, ein Sieben-Monats-Frühchen, mit dem sich die junge Mutter überfordert gefühlt hatte.

Tatsächlich schrieb die Stadtverwaltung vor einem Jahr einen Brief an Nicole G. und Stefan T., bat um ein Gespräch, nannte einen Termin. Doch die beiden schwänzten das Treffen. Und das Jugendamt hakte nicht weiter nach.

Wie auch? Gerade im vergangenen Jahr war das Amt stark mit sich selbst beschäftigt, kämpfte um Gelder, Personalstellen, gegen die völlige Überlastung in Zeiten der Haushaltsnotlage. Die Leiterin, Heike Seifert, warnte schon damals in einer Sitzung

des Jugendhilfeausschusses, auch in Schwerin könne es so weit kommen wie mit Jessica in Hamburg. Nahezu alle Mitarbeiter hätten ihr schriftlich angezeigt, dass sie überlastet seien – offenbar sicherten sich die Sozialarbeiter damit schon mal rechtlich ab, falls etwas passieren sollte.

Heute bestätigt Seifert, die jahrelangen Einsparungen hätten auch zu Personalengpässen geführt. Neue Mitarbeiter, giftet

eine andere Angestellte des Jugendamts, habe es nur noch für den Stab des Oberbürgermeisters gegeben. Nur einmal habe sich daran etwas geändert: Nachdem der Fall Kevin durch die Medien gegangen war, bekamen sie wenigstens Ersatz für Mitarbeiterinnen, die schwanger ausfielen. Ansonsten aber blieb alles beim Alten. „Und wenn ein Mitarbeiter belastet ist, kann es sein, dass er eine Situation auch mal falsch einschätzt“, erklärt Seifert.

Am 26. Juni meldete sich der Großvater von Lea-Sophie zum zweiten Mal beim Amt. Wieder die Bitte: Die Stadt solle doch mal mit den Eltern reden, wegen des Kindergartens. „Beratungsgespräch ist erfolgt“, heißt es heute in der offiziellen

familien: „Da wird die Kohle dann für DVD-Spieler auf den Kopf gehauen, für den Kindergarten bleibt nichts übrig.“

Für genügend Planstellen in den Jugendämtern auch nicht. Ehrmanns Bilanz: Nach wie vor müssen dort Sachbearbeiter 150 Fälle und mehr betreuen. Die aufsuchende Jugendhilfe – nahezu vollständig abgebaut. Der öffentliche Kinder- und Jugendgesundheitsdienst – vielerorts gekürzt oder ganz abgeschafft.

In Schwerin, beim Jugendamt, ging am 12. November der dritte Hinweis ein, diesmal ein anonymes Anruf aus der Nachbarschaft. Die Familie hatte in der Zwischenzeit noch ein Kind bekommen, der Anrufer machte sich Sorgen, weil er die

außen, das Mädchen atmete unregelmäßig und flach. Zum Wimmern fehlte ihm die Kraft. Eine Schwester der Intensivstation legte noch eine Infusion, es war zu spät.

Sosehr es nun danach aussieht, als habe das Jugendamt zahlreiche Chancen ver säumt – das meiste von dem, was Politiker in den vergangenen Monaten bundesweit an Frühwarnsystemen angeschoben haben, hätte Lea-Sophie auch nicht retten können. Dazu ist das Kind schon zu alt gewesen, die Antwort der Politik auf die Fälle Jessica und Kevin noch zu frisch.

Gerade mal ein Jahr ist es her, da trafen sich die Jugendminister der Länder mit Bundesministerin von der Leyen in Berlin zu einer Sonderkonferenz, Thema: ein besserer Kinderschutz – gemeint war –, besser als bei Kevin und Jessica. Im Sommer stellte von der Leyen ihr „Nationales Zentrum Frühe Hilfen“ vor, das bis 2008 zehn Millionen Euro für Projekte ausgeben darf. Die größte Hoffnung, neben einem besseren Draht zwischen Gesundheits- und Jugendämtern: die Familienhebammen.

Die sollen schon vor der Geburt in die Familien gehen, um überforderten Paaren zu helfen, und danach, um auch Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Warum ist das Kind so dünn, wieso hat es blaue Flecken oder Brandwunden? Experten wie Marlis Herterich vom Deutschen Kinderschutzbund geht das aber alles noch zu langsam: „Es bewegt sich nur auf Projektebene. In der Fläche muss sich was ändern.“

Als zumindest preiswerter gilt es da, die freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen zur Pflicht zu machen. So könnten Ärzte alle Kinder systematisch auf Misshandlung und Vernachlässigung untersuchen. Doch Ministerin von der Leyen bremst bislang; trotz einer Forderung des Bundesrats legte sie noch keinen Gesetzentwurf vor.

Viele Länder sind weiter: In der vergangenen Woche beschloss der Landtag in Schleswig-Holstein die Pflichtuntersuchungen. Auch Bayern und Hessen planen solch einen Kinder-TÜV, und im Saarland gibt es ihn bereits.

Dort zeichnet sich allerdings ab, dass man sich davon besser nicht zu viel verspricht. Tatsächlich mahnte das neugegründete „Zentrum für Kindervorsorge“ schon mehrere hundert Eltern ab, die den Termin verpasst hatten. Doch die meisten waren umgezogen oder gerade im Urlaub; nicht einen Fall von Verwahrlosung oder Misshandlung entdeckten die Mediziner.

Als Kinderquälter sieht sich auch Nicole G. nicht. Gequält hat angeblich nur Lea-Sophie. Nach der Geburt ihres Brüderchens habe sie immer so herumgeschrien und ihr Spielzeug kaputtgemacht, sagte die Mutter in ihrer ersten Vernehmung. Und obwohl sie doch immer versucht habe, die Kleine zu füttern, habe das Kind sich einfach geweigert, noch etwas zu essen.

JÜRGEN DAHLKAMP, MICHAEL FRÖHLINGSDORF, PER HINRICHS, GUIDO KLEINHUBBERT



Bürgermeister Claussen, Sozialdezernent Junghans, Mitarbeiterin: Ganz nach Vorschrift

Chronologie der Stadt – dass es die Beratung des Großvaters, nicht der Eltern war, davon ist nicht die Rede. Die Sozialarbeiter empfahlen ihm, doch selbst mal bei der Familie nach dem Rechten zu sehen.

Norbert Claussen, der Oberbürgermeister, kann daran nichts falsch finden. Man könne schließlich keinen dazu zwingen, sein Kind in den Kindergarten zu schicken. Auch sein Sozialdezernent Hermann Junghans beteuert, man habe sich immer an die „vorgegebenen Verfahren gehalten“. Und überhaupt ist in der Schweriner Verwaltung nun ständig die Rede davon, was man tun musste – und deshalb auch getan habe –, nur nicht davon, was man hätte tun können. Denn für „können“ statt „müssen“ fehlen den Sozialverwaltungen nicht nur in Schwerin die Mittel.

Zwar stopften Bund, Länder und Gemeinden auch im vergangenen Jahr noch 20,9 Milliarden Euro in die Kinder- und Jugendhilfe. Doch vor fünf Jahren seien es noch 15 Prozent mehr gewesen, rechnet der Vorsitzende der Deutschen Kinderhilfe Direkt, Georg Ehrmann, vor, und der Großteil fließe ohnehin in die Problem-

Mutter mit dem Säugling draußen kaum sah. Und da gebe es noch eine ältere Tochter, aber die müsse inzwischen wohl irgendwo anders leben.

Diesmal ging das Amt der Sache nach, ganz nach Vorschrift: Noch am selben Nachmittag standen zwei Mitarbeiter angekündigt vor der Tür, doch sie trafen niemanden an. Also hinterließen sie einen Zettel. Die Familie solle am nächsten Tag im Rathaus erscheinen, und da saß sie dann auch, zuverlässig, pünktlich, sauber, mit einem ordentlich genährten Säugling.

Wo denn Lea-Sophie sei, fragten die Jugendschützer. Bei Bekannten, hieß es – und das wurde geglaubt wie gesprochen. Für mehr Misstrauen, gar für konsequentes Nachhaken, fehlte bei der dünnen Personaldecke ohnehin die Zeit. Für Lea-Sophie hieß das nun, dass sie allein war unter Feinden: ihren Eltern.

„So etwas hatten wir noch nie gesehen“, sagt nun Olaf Kannt, Oberarzt der Klinik an der Wismarschen Straße, der noch versuchte, das Kind zu retten. Über die Knochen spannte sich dünne Haut, rohes Fleisch drang durch offene Wunden nach